

**„UNTER PALMEN AM CHIEMSEE?“ – DER KLIMAWANDEL  
UND SEINE MÖGLICHEN FOLGEN:**

*Ein Gespräch mit Tanja Gönner, Umweltministerin des  
Landes Baden-Württemberg.*

**Dr. Spandau**

Frau Ministerin, macht es denn Spaß Umweltministerin zu sein?

**Ministerin Gönner**

Natürlich macht es Spaß, Umweltministerin zu sein. Allerdings kommt es darauf an, was man unter „Spaß“ versteht, denn worum es bei dieser Aufgabe geht, ist oft bitterernst. Schließlich trägt man in diesem Amt Verantwortung. Allgemeine Thesen lassen sich meist leicht aufstellen, Politik aber ist konkret und wird besonders dann sehr konkret, wenn man auch die sozialen Auswirkungen berücksichtigt.

Für mich war es gerade sehr erfreulich zu hören, dass man die vermeintlich Schuldigen gefunden hat, an denen es liegt, dass sich in den letzten Jahrzehnten nichts getan hat. Traurig macht mich nur, dass ich zu der Spezies gehöre, die daran die Schuld trägt. Allerdings könnte ich zu meiner Entschuldigung sagen, dass ich zu jung bin, als dass man mir alle Jahre der Versäumnisse zur Last legen könnte. Nur hilft uns diese einseitige Schuldzuweisung auch nicht weiter.

Bemühen wir uns also um Ruhe, Sachverstand und Pragmatismus. Politik ist Ausdruck des Willens der Gesellschaft, schließlich stellen sich die Politiker in regelmäßigen Abständen der Wahl durch die Bevölkerung.



Wenn wir die Politik bei dem, was jetzt zu tun ist, unterstützen wollen – ich sage nicht, Herr Prof. Seiler, dass einiges von dem, was Sie hier vorgetragen haben, nicht die richtigen Schritte wären, die es zu tun gilt – müssen wir uns über die Ziele einigen. Und ich freue mich, wenn wir bei der konkreten Ausgestaltung der politischen Maßnahmen diese Zielsetzung dann auch gemeinsam verteidigen.

Ich habe sehr genau das Wort vom „global round table“ vernommen und die Bemerkung, dass die Wirtschaft schon weiter sei als die Politik. Das erfreut mich ungemein. Ich kann Ihnen aber versichern, dass Vertreter deutscher Firmen, wenn es diese selbst konkret betrifft, wie beim Emissionshandel, gegenüber der Politik ganz anders argumentieren. Ich denke, dass die Politik bereit ist, Konsequenzen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen über den Klimawandel zu ziehen. Sie muss eingestehen, dass sie vielleicht um einiges zu spät gehandelt hat.

Wir Politiker sind auch durchaus bereit, bestimmte Dinge auf unsere Kappe zu nehmen. Aber wir können nicht alleine handeln, sondern brauchen Unterstützung. Ich wäre dankbar, wenn dies bei der weiteren Diskussion berücksichtigt würde. Wir müssen darauf achten, dass die Argumente, die wir in der internationalen Diskussion vorbringen, nicht im Widerspruch stehen zu dem, was wir in der Bundespolitik fordern. Wer keine Megacities will, sollte sich nicht weigern, über Entfernungspauschalen zu diskutieren. Und den Weg, den wir in Deutschland einschlagen müssten, sollten wir auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes sehen.

Ich würde mich freuen, wenn wir die Diskussion in Ruhe und mit Sachverstand führen könnten. Die Politik ist auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen, sie ist auch auf die Beratung von Wissenschaftlern angewiesen. Wir müssen die Probleme gemeinsam lösen, ohne jeweils mit dem Finger auf den anderen zu zeigen. Diese Phase sollten wir überwunden haben, denn sie bringt uns nicht weiter. Ich würde mich freuen, wenn dies ein erstes Ergebnis der heutigen Veranstaltung sein sollte.

#### **Dr. Spandau**

Haben Sie auch den Eindruck, dass in weiten Teilen der Bevölkerung die Meinung vorherrscht: „Die da oben werden es schon richten“? Welche Möglichkeiten hat Politik – auf lokaler, nationaler und globaler Ebene – eigentlich noch, es zu „richten“?

#### **Ministerin Gönner**

Ich entlasse uns Politiker nicht aus der Verantwortung. Wir haben nach wie vor die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen.

Zugleich müssen wir darauf achten, dass auch die Bevölkerung sachlich informiert wird, denn politische Entscheidungen können nur aufgrund sachlicher Informationen begründet werden. Das war mein erster Punkt. Kommen wir zum zweiten, zum Thema Umweltbildung. Diese ist für uns wichtig und notwendig. Wir müssen dieses Thema verstärkt in die Schulen tragen, aber auch darüber hinaus gilt es mehr dafür zu tun.

Drittens gibt es auf lokaler Ebene natürlich die Möglichkeiten mit kommunalen Klimaschutzbündnissen zu beginnen. Man kann darüber nachdenken, wie sich Kommunen bei der Energieversorgung autark machen könnten, eventuell auf der Basis erneuerbarer Energien. Da stellt sich dann gleich die Frage, wie man den Spagat hinbekommt zwischen der Produktion von Lebensmitteln und Biomasse. In der Landwirtschaft ist man sich dieser Problematik sehr wohl bewusst. Ich warne aber davor, gleich wieder mit dem Einwand zu kommen, dass Biomasse nicht energetisch genutzt werden sollte. Entsprechendes gilt für die Frage, wie sich der Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen lässt, wenn man gleich damit beginnt, bestimmte Dinge auszuschließen.

In der Politik gilt es den Eindruck zu vermeiden, alle Probleme ließen sich sofort lösen. Ich gebe Herrn Prof. Seiler recht, wenn er feststellt, dass wir nicht jede Woche eine neue Sau durchs Dorf treiben sollen. Wir müssen uns auch darum bemühen, nicht auf jede Nachfrage sofort mit einem Statement zu antworten. Dann sollte allerdings von der anderen Seite auch anerkannt werden, dass Politik manchmal Zeit braucht und nicht jeden Tag einen neuen Vorschlag auf den

Tisch legt. Zudem müssen wir uns sehr genau darüber im Klaren sein, welcher Ordnungsrahmen, welches Instrumentarium uns auf nationaler Ebene zur Verfügung steht. Davon hängt es ab, was durchsetzbar ist und was nicht. Dann können wir auch wieder um Akzeptanz werben, denn je größer unser Sachwissen und unser Sachverstand ist, desto größer wird die Akzeptanz sein, auf die wir stoßen.

Nun zum internationalen Aspekt: Wir können uns nur dafür einsetzen, hier gemeinsam voranzugehen – obwohl ich in den Diskussionen der letzten Wochen und Monate immer wieder feststellen musste, dass es meist dann, wenn man etwas nicht will, heißt, das müsse man international lösen, und zwar am besten nicht nur europa- sondern gleich weltweit. Wer sagt, dies oder jenes ließe sich nicht auf europäischer, sondern nur auf internationaler Ebene lösen, muss wissen, dass er damit die Probleme komplett verschiebt.

Der Kyoto-Prozess hat uns zur Genüge gezeigt, wie schwierig internationale Abkommen auszuhandeln sind, und dass es dann sehr lange dauert, bis sie in Kraft gesetzt sind. Das Kyoto-Protokoll wurde 1992 verabschiedet, 2004 ist es in Kraft getreten und auslaufen wird es 2012. Heute stehen wir vor der Frage, ob es gelingen wird, den Prozess fortzuführen oder nicht. Nur eines wissen wir heute schon: dass die Nachfolgeverhandlungen für Kyoto unendlich schwierig werden, und das gerade unter dem Aspekt der Einbeziehung Chinas, Indiens und der USA.

Die Europäische Union hat sich hier – übrigens auf Drängen Deutschlands und der Bundeskanzlerin – sehr ambitionierte

Ziele gesetzt, angesichts der Tatsache, dass Europa dem Kyoto-Protokoll zufolge den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2012 eigentlich um 8 Prozent gegenüber 1990 reduzieren soll. Dass die Staatschefs jetzt entschieden haben, dass Europa bis 2020 den Ausstoß um 20 Prozent reduzieren soll, bedeutet eine Verringerung um zusätzliche 12 Prozent. Wir Europäer haben trotz schwieriger Verhandlungen die Verantwortung übernommen. Die einseitige Entscheidung der europäischen Staatschefs ist ein wichtiger Schritt hin zu weiteren internationalen Vereinbarungen. Gerade deshalb sollten wir Europäer nicht sagen, das wird uns alles zu viel und wenn die anderen nicht mitmachen, machen wir auch nichts. Im Gegenteil: wir haben sogar vereinbart, dass wir, wenn die anderen mitmachen, sogar noch mehr leisten und um 30 Prozent reduzieren wollen. Ich denke, wir sollten das alle mittragen, denn nur so kann es gelingen, die notwendigen internationalen Rahmenbedingungen zu schaffen.

#### **Dr. Spandau**

Das hört sich gut an, und vor allem klingt dies nach einer großen Herausforderung auch für die Wissenschaft. Herr Prof. Seiler, manchmal ist es schon schwer, das Wetter auch nur für drei Tage richtig vorauszusagen. Wie glaubwürdig sind denn dann die langfristigen Prognosen der Wissenschaftler in Bezug auf die Klimaentwicklung? Es gilt doch, unsere Politiker nicht alleine zu lassen und ihnen Basisinformationen auf wirklich hohem Niveau bereitzustellen, damit sie die von uns diskutierten Maßnahmen auch als tatsächlich notwendig erkennen und einleiten. Ich denke, dass die Wissenschaft selten so große Verantwortung trug wie beim Thema Klimaschutz.

**Prof. Seiler**

Das ist sicherlich richtig. Man darf hier aber nicht Wetter und Klima verwechseln. Wenn wir über Vorhersagen sprechen, hört das sicherlich bei 3 bis 4 Tagen auf. Beim Klima mitteln wir mindestens über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren und diese Werte geben uns dann einen Trend vor – eine Bandbreite, innerhalb derer sich das Klima entwickeln könnte. Natürlich stellt sich dabei auch die Frage: Sind die vergangenen wärmsten sieben Monate, die wir gerade in der gesamten Nordhemisphäre erlebten, Anzeichen für einen Klimatrend? Diese Ausreißer werden immer häufiger werden und in 30 Jahren wohl die Regel sein.

Prognosen in Bezug auf alles, was über 2040 hinausgeht, würde ich mit großen Fragezeichen versehen. Wir wissen nicht, wie die politische oder technologische Entwicklung verlaufen wird – man möge sich nur einmal 100 Jahre zurückversetzen. Konnten sich die Menschen damals all das vorstellen, was wir heute haben? Mit Sicherheit nicht. Wenn wir auch nur einen kleinen Teil unserer Anstrengungen und unseres Geldes in die Entwicklung CO<sub>2</sub>-freier Technologien stecken würden, könnten wir dieses Problem innerhalb weniger Jahre lösen. Wir verfügen schon heute über die notwendigen Techniken, um dieses Ziel zu erreichen. Was uns fehlt, ist der Wille.

Frau Ministerin, Sie sagten, die Wirtschaft sei weiter als die Politik. Ich stimme dem zu. Wenn man die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen betrachtet, dann sieht man, dass diese in der Wirtschaft zurückgehen. Die Wirtschaft hat gemerkt, dass Energie Geld kostet. Und die Wirtschaft denkt langfristig. Die Zuwächse sind vor allem im Verkehrsbereich und beim Freizeitverhalten sowie im häuslichen und privaten Bereich zu beob-

achten. Wenn man alles zusammenrechnet, sind wir, die wir hier sitzen, für 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Wir bestimmen durch unser Kaufverhalten, was die Wirtschaft produziert.

Die Politik ist Ausdruck des Willens der Gesellschaft. Das ist richtig. Aber die Politiker – und das habe ich acht Jahre lang in der Enquête-Kommission miterlebt – orientieren sich allzu oft an Meinungsumfragen. Diese sind zwar ein sehr wichtiges Mittel, um die Meinung der Bevölkerung zu kennen, und gegen die Meinung der Bevölkerung haben Sie bei den nächsten Wahlen schlechte Chancen. Aber man muss Gesellschaft und Wirtschaft auch mal ganz klare Vorgaben machen. Ich bin überzeugt, die Gesellschaft wäre dann auch bereit, mitzumachen.

**Dr. Spandau**

Der Slogan des vergangenen Sommers lautete: „Du bist Deutschland!“ Nun ist entweder alles Knut oder der Slogan lautet: „Du bist das Klima!“ Sprich: alle sind gewillt, etwas zum Klimaschutz beizutragen – und fliegen dennoch für 23 Euro nach Mallorca ... Hat man als Umweltministerin denn überhaupt noch eine Chance?

**Ministerin Gönner**

Wenn ich glauben würde, keine Chance zu haben, würde ich das Amt nicht weiterführen. Jeder, der dieses Amt übernimmt, ist der Meinung, dass er die Menschen zu überzeugen vermag. Es gibt verschiedene Mittel der Überzeugung. Schön, dass Prof. Seiler mir zumindest zugestanden hat, dass die Wirtschaft nicht plötzlich aus eigener Überzeugung CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert hat, sondern aus Kostengründen, und, wie ich meine auch, weil wir den Emissionshandel eingeführt haben.

Wir müssen dafür sorgen, dass der technische Fortschritt schneller vorangeht, indem wir in Bezug auf Grenzwerte Vorgaben machen. Was die Energieeffizienz angeht, hilft uns sicherlich ein Blick nach Japan, das uns deutlich voraus ist. Das liegt daran, dass dort stets über mehrere Jahre beobachtet wird, was das in der technologischen Entwicklung jeweils Beste ist, und das wird dann zum technologischen Standard. Der Ruf nach Einführung dieses so genannten „Top-Runner-Verfahrens“ wird auch bei uns in der Politik immer lauter. Ich möchte nicht ausschließen, dass dieser Ansatz im europäischen Rahmen umgesetzt werden wird. Wir haben bisher vor allem deshalb einen anderen Ansatz gewählt, weil wir versucht haben, unterschiedliche Instrumente zusammenwirken zu lassen.

Zu Ihrer zweiten Frage, Herr Dr. Spandau: Gerade der Flugverkehr, wird uns gesagt, habe einen Anteil von nur 3 Prozent am gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Nur weist kaum einer darauf hin, dass diese 3 Prozent deutlich größere Auswirkungen haben, weil sie in großer Höhe emittiert werden. Zudem wird meist übersehen, dass wir für die nächsten Jahre ein erhebliches Wachstum beim Flugverkehr erwarten. Allein die Zahl der Billigflüge hat sich in den letzten sechs Jahren vervierfacht. Das hängt von der Nachfrage ab. Die Autoindustrie baut schließlich auch die Fahrzeuge, nach denen es eine besonders große Nachfrage gibt, wie wir von Prof. Seiler gehört haben. Also ist hier nicht zuletzt die Werbung angesprochen, die bekanntlich Bedürfnisse weckt. Es gab zwar ein 3-Liter-Auto, aber dafür gab es eben deutlich weniger Fernsehspots, als für andere Fahrzeuge. So lässt sich bei der Fernsehwerbung – und das Kaufverhalten der Bevölkerung

wird stark vom Fernsehen beeinflusst – feststellen, dass es früher kaum Werbung für kleinvolumige Autos mit geringem Verbrauch gab und dass diese auch heute noch nicht besonders stark beworben werden. Die Autoindustrie hat allerdings mittlerweile infolge der ungewöhnlich warmen Witterung zu Beginn dieses Jahres erkannt, dass es wichtig ist, klimafreundliche Fahrzeuge zu bauen.

Es stellt sich die Frage, welche Rolle die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung spielen können. Die Bereitschaft, etwas für den Klimaschutz zu tun, ist stark gestiegen, aber eben vor allem dann, wenn es dabei nicht zu sehr an den eigenen Geldbeutel geht und eine Änderung der eigenen Lebensweise erfordert. Wir müssen darüber informieren und aufklären, wie man selbst einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, ohne dass es allzu weh tut, und in der Politik die nächsten Schritte angehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Politik in der nächsten Zeit auf deutscher wie auf europäischer Ebene einige Gesetzes-Pakete zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen vorlegen wird. Ich freue mich über jeden, der uns bei unseren Bemühungen unterstützt, durch den Emissionshandel oder strengere Vorgaben für die Energiewirtschaft deutliche Reduktionen zu erreichen. In Baden-Württemberg bereiten wir gerade ein Gesetz für die Förderung erneuerbarer Energien bei der Wärmeerzeugung vor und entwickeln Vorschriften zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien bei Neubauten. Ich freue mich über jeden, der uns dabei unterstützt und nicht gegen unsere Bemühungen Sturm läuft. Im übrigen ist das auch ein erster Schritt zur Entschärfung des Interessenskonfliktes zwischen Mietern und Vermietern.

**Dr. Spandau**

Vielen Dank, Frau Ministerin. In diesem Zusammenhang hätte ich eine Frage an Sie, Herr Lazik, als Amtschef des bayerischen Umweltministeriums: Hat sich die Bedeutung der Umweltministerien durch die Klimaschutzdebatte wieder erhöht?

**Herr Lazik**

Ich bin absolut überzeugt, dass sich die Bedeutung der Umweltministerien erhöht hat. Wir in Bayern merken das ganz konkret daran, dass wir in der vergangenen Woche ausschließlich zum Thema Klimaschutz eine Kabinettsklausur auf der Zugspitze durchgeführt haben. Ich kann also mit gutem Gewissen versichern, dass das Thema Klimaschutz bei der bayerischen Staatsregierung angekommen ist – und das gilt sowohl für den aktuellen wie für den designierten Ministerpräsidenten. Auch wir sind dafür, dass, wie hier bereits gesagt wurde, nicht jeden Tag eine andere Sau durchs Dorf getrieben wird, wobei ich Herrn Prof. Seiler zustimme, dass es keinen Königsweg gibt. Deshalb wird man also am Ende wohl doch viele kleinere Säue durchs Dorf treiben müssen. Dabei muss man sich aber genau überlegen, wo man ansetzt.

Die Bedeutung der Umweltministerien steigt. So ist letzte Woche ein Kabinettsausschuss unter Federführung des Umweltministers eingesetzt worden. Wir haben den Auftrag erhalten, bis Oktober 2007 einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Ich kann aber auch sagen – nachdem ich bereits viele Debatten mit Kollegen aus den anderen Ressorts geführt habe –, dass es in der Tat sehr schwierig wird, wenn es um konkrete Maßnahmen geht. In Bayern sind bereits

die ersten Widerstände gegen den gerade erwähnten Vorstoß von Frau Ministerin Gönner zu spüren, bei Neubauten den Anteil an erneuerbaren Energien vorzuschreiben. Das Thema ist ganz oben auf der politischen Agenda – möglicherweise werden wir hier sogar von der Bundespolitik überholt – und wird so schnell nicht wieder verschwinden. Jedenfalls wollen wir mit diesem Schub etwas erreichen und durchsetzen.

**Dr. Spandau**

Frau Ministerin, eine letzte Frage: Wenn wir uns ins Jahr 2025 beamen könnten – wie könnte dann die Welt aus Ihrer Sicht als Umweltministerin aussehen?

**Ministerin Gönner**

Diese Frage ist natürlich sehr schwer zu beantworten. Als ich sie mir zum ersten Mal gestellt habe, wusste ich noch nicht, dass uns der IPCC-Bericht nur noch 8 Jahre geben wird. Wir waren eigentlich immer noch von den davor genannten 15 Jahren ausgegangen. Vielleicht wird es ja doch Palmen am Chiemsee geben, oder – was wahrscheinlicher ist – am Bodensee. Wir werden in Deutschland eine veränderte Landwirtschaft haben. Beispielsweise werden wir hitzeresistente Pflanzen anbauen müssen. Durch die zu erwartenden Hitzeperioden wird sich die Artenvielfalt verändern, die Gletscher werden weiter abschmelzen, Skifahren wird zur Randsportart werden.

Auf internationaler Ebene hoffe ich, dass das nächste Klimaabkommen gemeinsam mit den USA, China, Brasilien und Indien geschlossen werden wird. Diese Länder werden sich beteiligen und große Teile Amerikas werden bereits am Emissionshandel teilnehmen – erste Ansätze gibt es bereits. Es wird

ein noch stärkeres Bekenntnis zum Klimaschutz geben. Allerdings werden wir auch zunehmend Wetterkatastrophen erleben. Der Kampf um Rohstoffe wird sich deutlich verschärfen, insbesondere um Wasser. Und die Industriestaaten werden den Migrationsdruck verstärkt zu spüren bekommen.

Ich hoffe, dass es uns bis 2025 in Deutschland gelungen sein wird, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch deutlich zu steigern – sei es mit Offshore-Windkraftanlagen, Solarkraftwerken in Nordafrika, dem 3-Liter-Auto ergänzt durch Hybridfahrzeuge und Elektro- bzw. Brennstoffzellenautos sowie durch die Entwicklung eines Prototyps brennstoffzellenbetriebener Flugzeuge.

Bis dahin wird sich die Diskussion über den Klimaschutz weit über das Thema erneuerbare Energien hinaus auf die Nahrungsmittel erstrecken. Die Frage der Transportwege und der Regionalisierung der Produktion von Nahrungsmitteln wird sich viel intensiver stellen. Viele der Diskussionen, die wir heute noch führen, wird es dann nicht mehr geben. Bereits in der Schule wird jeder seinen ökologischen Fußabdruck berechnen lernen. Eine umweltfreundliche Lebensführung wird bis dahin hoffentlich normal sein.

Zu sagen, die Politik beschäftige sich nicht mit der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, überrascht mich. Bayern und Baden-Württemberg hatten bereits 1999 ein Gutachten in Auftrag gegeben, dem wir sehr genau die Entwicklung der Wasserwirtschaft in Süddeutschland entnehmen können. Das Gutachten wird ständig präzisiert und weiterentwickelt. Das Ergebnis ist, dass wir insbesondere bei allen technischen Maß-

nahmen für den Schutz vor Hochwasser bereits heute einen Klimazuschlag von 10 bis 25 Prozent vorschreiben. Die Hochwasservorsorge hat heute einen ganz anderen Stellenwert als noch vor kurzem – bis hin zum Thema Hochwassergefahrenkarten. Wir versuchen den Menschen verständlich zu machen, wie gefährdet sie bei welchem Hochwasser sind.